

17. AUGUST 2017

Leiharbeit immer noch zu hoch – Land Bremen an der Spitze

Die Antwort der Bundesregierung auf eine Anfrage der LINKEN zur Entwicklung der Leiharbeit brachte kürzlich besorgniserregende Fakten an den Tag. („Aktuelle Entwicklungen in der Leiharbeit in Deutschland und Europa“ BT-Drs. 18/13245). Die Zahl der Leiharbeitskräfte ist deutschlandweit auf fast eine Million angestiegen und liegt jetzt bei 2,7 Prozent– eine Verdreifachung seit 2003. Das Bundesland Bremen hält einen einsamen Rekord: Der Anteil von Leiharbeitskräften an allen Beschäftigten beträgt hier 4,7 Prozent – davon über 30 Prozent im öffentlichen Sektor.

Leiharbeit ist weiterhin durch kurze Arbeitsverhältnisse geprägt. Mehr als die Hälfte dauern nicht einmal drei Monate. Und die Perspektiven danach sind nicht gut: nur jede/r Vierte findet im Folgemonat ein reguläres Beschäftigungsverhältnis. Von einer Brücke in reguläre Beschäftigung nicht die Rede sein.

Die Arbeitsmarktpolitik der Bundesagentur für Arbeit fördert die Leiharbeit: 33 Prozent der Vermittlungen durch Jobcenter und Arbeitsagenturen erfolgen in Leiharbeit. Von den kurzfristigen Beschäftigungen zu Dumpinglöhnen profitiert nur die Arbeitgeberseite.

Die Techniker Krankenkasse und der DGB haben auch nach Ursachen geforscht, warum Leiharbeitskräfte länger krank sind als Festangestellte. Die Gründe liegen in körperlich schwerer, oft monotoner Arbeit, psychischem Stress durch Einsatz unterhalb der eigentlichen fachlichen Qualifikation, schlechtem Einkommen, wechselnden Arbeitszeiten, sowie ständig wechselnden betrieblichen Situationen.

Nach der Antwort des Senats auf die Große Anfrage der LINKEN „Leiharbeit bei der Bremer Lagerhausgesellschaft (BLG-Logistics)“ sind über 30 Prozent der Leiharbeiter im Land Bremen im öffentlichen Sektor beschäftigt. **Auch die Landes- und Kommunalpolitik darf angesichts dieser Entwicklungen nicht untätig bleiben.**

Günter Matthiessen, Stadtverordneter der LINKEN erklärt dazu: *„Leiharbeit führt immer mehr zu Erwerbsarmut und Altersarmut. Sie spaltet ganze Belegschaften und schwächt die Durchsetzungskraft von Betriebsräten und Gewerkschaften. Mit großer Sorge sehen wir, dass selbst in öffentlichen Einrichtungen wie Krankenhäusern und Pflegeheimen Leiharbeit eingesetzt wird und Firmen mit öffentlicher Beteiligung immer mehr Festarbeitsplätze durch Leiharbeit ersetzen. Die LINKE tritt für die Abschaffung von Leiharbeit ein. Firmen mit öffentlicher Beteiligung müssen sofort aus der Leiharbeit aussteigen. Fördergelder an Firmen dürfen nur fließen, wenn Arbeitsplatzvernichtung, Leiharbeit und Werkverträge ausgeschlossen sind.“*

[zurück zu: Detail](#)

QUELLE: [HTTP://WWW.DIELINKE-BREMERHAVEN.DE/POLITIK/PRESSE/DETAIL/ARTIKEL/LEIHARBEIT-IMMER-NOCH-ZU-HOCH-LAND-BREMEN-AN-DER-SPITZE/](http://www.dielinke-bremerhaven.de/politik/presse/detail/artikel/leiharbeit-immer-noch-zu-hoch-land-bremen-an-der-spitze/)